



Freistaat Preußen

Der Staatspräsident

» Im Geiste von Tauroggen «

Denkschrift

zur Lösung der Nordostpreußen-Frage
im Geiste deutsch-russischer Freundschaft und Partnerschaft

Der Freistaat Preußen hat sich am 17. Juni 1995 in Berlin auf verfassungsrechtlicher Grundlage neu konstituiert und eine Regierung im Exil berufen.

Er steht in der Tradition der Vereinigten Länder des Deutschen Ostens; auf die unter diesem Namen versandte 'Denkschrift zur Nordostpreußenfrage' vom Juli 1994 wird ausdrücklich und vollinhaltlich Bezug genommen.

Rechtsvorbehalt

Das russische Verwaltungsgebiet Nordostpreußen (Kaliningradskaja oblast) ist völkerrechtlich unverändert Teil des fortbestehenden Deutschen Reiches und nach den Bestimmungen des internationalen Vertragsrechts⁷. Bis zu einer Regelung auf der völkerrechtlichen Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker untersteht dieses Gebiet der Souveränität des fortbestehenden Deutschen Reiches.

Dieses Gebiet befindet sich derzeit unter der Hoheitsgewalt der Russischen Föderation, deren Verfügungsgewalt indessen durch die Tatsache der unveränderter auf diesem Gebiet fortbestehenden Souveränität des fortbestehenden Deutschen Reiches begrenzt ist.

In dieser Lage ist eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit geboten, die beiden Seiten vielversprechende Möglichkeiten eröffnet und gleichermaßen vorteilhaft für die deutsche, wie die russische Seite sein wird.

⁷ Haager Landkriegsordnung (HLKO) vom 18. Oktober 1907, Artikel 43, 46, 47, 53 und 56 ff.; die Bestimmungen des IV. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 und die Wiener Konvention über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969, insbesondere deren Artikel 49, 52, 53 und 64 ff. Nach diesen Bestimmungen sind alle Grenzverträge der Bundesrepublik Deutschland bis zu einem rechtskräftigen Friedensvertrag nichtig ex tunc, weil diese Grenzverträge gegen das geltende Völkerrecht verstoßen.

Diese Feststellung gilt analog für die litauisch, polnisch und tschechisch verwalteten Gebiete des Deutschen Ostens.

Deutsch-russische Partnerschaft

Es ist unmittelbar einsichtig und bedarf keiner näheren Begründung, daß nur eine deutsch-russische Partnerschaft in Freundschaft Hoffnung auf die Zukunft gibt, wobei sich die ungeheuren Rohstoffreserven Rußlands und das technische Hochwissen Deutschlands zum beiderseitigen Vorteil ergänzen und geradezu bedingen.

Damit wird Nordostpreußen, mithin das Königsberger Gebiet, zum Prüfstein freundschaftlicher Zusammenarbeit, im Erfolgsfall zum Brückenkopf und zur Drehscheibe der beiderseitigen Beziehungen.

Allerdings ist die derzeitige Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter dem fortbestehenden politischen Druck Washingtons noch nicht in der Lage und willens, den Weg der deutsch-russischen Partnerschaft konsequent zu beschreiten, so daß hier der Freistaat Preußen als Glied des Deutschen Reiches stellvertretend auf Zeit dessen Rolle übernehmen muß als Schrittmacher einer auf Dauer angelegten deutsch-russischen Annäherung.

Daher beehrt sich der neubelebte Freistaat Preußen nachfolgend, der russischen Seite Vorschläge zur Lösung der Problematik zu unterbreiten. Diese Vorschläge berücksichtigen die besondere Lage des Königsberger Gebietes als russische Exklave und sollen die Lösung der hieraus resultierenden, besonderen Problematik bewirken.

Die Problematik des Königsberger Gebietes

Das Königsberger Gebiet ist im Zuge der Auflösung der Sowjetunion für den Nachfolgestaat Rußland zur Exklave geworden; die unmittelbare geografische Verbindung zu Rußland ist entfallen, die russische Verwaltung und politische Einflußnahme damit erschwert worden. Zugleich ist die Begehrlichkeit der Anrainer, insbesondere Polens und Litauens, verstärkt worden, aus der Sicht internationaler Interessengruppen auch deren wirtschaftliche Betätigungschancen.

Fremde Interessen

Nicht-russische Interessen nehmen vor allem Anstoß an der unveränderten russischen Militärpräsenz in Nordostpreußen, die von deutschen Bundestagsabgeordneten (Hans Koschnyk, Friedrich Prüflinger) als „mögliche Bedrohung der europäischen Sicherheit und als solche keine Angelegenheit Rußlands alleine“ zu betrachten sei.

Das spricht für Absichten des Westens, Rußland aus seinem militärischen Vorposten zu drängen und die Verteidigungsfähigkeit der Russischen Föderation insgesamt zu schwächen. Die jüngsten NATO-Manöver unter Einbeziehung Polens, das geheime NATO-Angebot Polens vom Sommer v. J. und die zunehmende Integration polnischer Truppen in NATO-Verbände sprechen eine deutliche Sprache.

Der litauische Oppositionsführer V. Landsbergis stellt alle Gebietsansprüche der Russischen Föderation auf das Königsberger Gebiet unter Hinweis auf das Ende des Potsdamer Abkommens infrage. Nach seiner Meinung war das ohnehin befristete Abkommen spätestens in dem Augenblick hinfällig (obsolet), in dem sich die Sowjetunion auflöste. Derzeit bemüht er den US-amerikanischen Kongreß um eine Entmilitarisierung und Internationalisierung des Königsberger Gebietes.

Die diplomatischen, politischen und militärischen Aktivitäten im Zielfeld des Königsberger Gebietes erweisen sich somit als Teil einer internationalen Strategie, die auf die Russische Föderation selbst abzielt und diese zu strategischen Grundsatzüberlegungen zwingt.

Im Hintergrund geht es um den Zugriff auf die - neben Südafrika - weltweit nahezu einmaligen Rohstoffreserven Rußlands, die, nach Ausschaltung der selbstbewußten Burenrepublik um die südafrikanischen Ressourcen erweitert, das weltpolitische Kräftespiel entscheidend verändern würden.

Die Doppelstrategie der internationalen Organisationen

Internationale Organisationen wie NATO, Europäische Union (EU) und international tätige Banken verfolgen eine gemeinsame Doppelstrategie: Mit Hilfe der NATO und unter Einbeziehung der ehemaligen Satelliten der Sowjetunion soll das osteuropäische 'Vorfeld' Rußlands zum militärischen Aufmarschgebiet gegen die Russische Föderation umfunktioniert werden; zugleich soll Rußland durch Wirtschaftshilfen und Kreditgewährungen in eine fortschreitende Abhängigkeit manövriert werden - gewissermaßen ein 'Spiel' mit 'Zuckerbrot und Peitsche'.

Auf europäischer Ebene tritt die - unter US-Oberbefehl stehende - NATO als der 'militärische Arm' der Europäischen Union zunehmend in Erscheinung und funktioniert allmählich vornehmlich Polen, aber auch die übrigen immer mehr westlich orientierten Staaten Mittel- und Osteuropas, zum 'Flugzeugträger' gegen Rußland um.

Osteuropäische Monroe-Doktrin (Osteuropa den Osteuropäern')

Als Alternative empfiehlt sich für die Russische Föderation die Fortentwicklung der **Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)** zu einer wirtschaftlichen und politischen Konföderation, die ihre Unabhängigkeit ideologisch durch eine osteuropäische Version der Monroe-Doktrin international proklamiert und ins Bewußtsein aller maßgeblichen Regierungen rückt.

Preußen als Juniorpartner Rußlands

Sowohl die Russische Föderation, als auch die GUS-Staaten insgesamt, vor allem aber das Königsberger Gebiet bedürfen dringend einer Alternative zum jetzigen Zustand und damit einer Zukunftsperspektive, weil andernfalls im schlimmsten Fall ein Chaos wie auf dem Balkan oder im Kaukasus droht.

In einem solchen alternativen Konzept kann künftig ein souveräner **Freistaat Preußen** als Juniorpartner der Russischen Föderation an deren West- und Nordflanke eine wichtige Rolle als Stabilitätsanker und als prosperierender Wirtschaftsraum spielen.

Gegenwärtig ist das Königsberger Gebiet jedenfalls auf dem Wege in eine Krisenregion mit allen Elementen der Instabilität als politisch bedenklicher Dauerzustand.

Die Wirtschaftsentwicklung ist rückläufig, die russischen Subventionen sind nicht nur im Ausmaß unzureichend, sondern mangels positiver Wirtschaftsstruktur weitgehend sinnlos; die Zukunftsaussichten sind so düster, daß trotz gewisser Angebote - wie etwa 'Jantar' - ausländische Firmen bislang nicht wagen, in nennenswertem Ausmaß und auf Dauer zu investieren.

Beim Abwägen der Vor- und Nachteile wird die Russische Föderation unschwer feststellen, daß die Vorteile erheblich überwiegen und daß ihr aus dem hier vorgelegten Plan im Ergebnis keine relevanten Nachteile erwachsen, sofern Rußland politisch Vertrauen und in Vorleistung gehen kann.

Russische Vorleistung: Errichtung eines Kondominiums

Die notwendige Vorleistung besteht in der Entlassung des Verwaltungsgebietes Königsberg / Nordostpreußen in die staatliche Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Errichtung eines Kondominiums unter Beteiligung Rußlands mit dessen Bestandsgarantie für den Freistaat Preußen.

Nach Lage der Dinge würde sich angesichts dauerhafter gemeinsamer Interessenlage Rußlands und Preußens ein preußisch-russisches Kondominium auf dem Territorium des Verwaltungsgebietes als souveräne Vierte Baltenrepublik Freistaat Preußen anbieten.

Diese sachlich begründete, zweckmäßige und für die Zukunft dauerhaft tragfähige Lösung wird den berechtigten Interessen beider Seiten gerecht werden und zugleich den gegebenen völkerrechtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Preußen als Schrittmacher

Der Freistaat Preußen kann als Juniorpartner der russischen Föderation sehr wohl als Schrittmacher einer wirtschaftlichen Sanierung des gesamten GUS-Bereiches, darüber hinaus zur politischen Drehscheibe und zum wirtschaftlichen Verbindungsstück (Scharnier) zwischen den GUS-Staaten und den baltischen Ländern werden. Voraussetzung dafür ist die staatliche Souveränität des Freistaates Preußen und die hieraus erwachsende, für Investitionen unverzichtbare, Gewährleistung dauernder Rechtssicherheit auf seinem Territorium.

Erben der Hanse

Eine Vierte Baltenrepublik Freistaat Preußen als Kondominium mit der Russischen Föderation und von daher russischer Bestandsgarantie, gegründet auf Rechtssicherheit und Marktwirtschaft, ist geeignet und geradezu berufen, die hervorragende handelsstrategische Lage Nordostpreußens an der Ostsee samt Anbindung an transkontinentale Verbindungswege zum Vorteil für alle kooperationswilligen Anrainerstaaten auszunützen und insoweit das Erbe der Hanse mit neuem Leben zu erfüllen.

In diesem Rahmen kann der Freistaat Preußen auch als Mitglied der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) eine gewisse Brückenfunktion zur Europäischen Union (EU) übernehmen, sofern eine solche den Interessen der Russischen Föderation und der GUS dient und von diesen gewünscht wird.

Steueroase und Billiglohnland

Durch Errichtung und Proklamation einer noch zu schaffenden Steueroase und unter Ausnutzung des vorhandenen niedrigen Lohnniveaus sind die Voraussetzungen für Investitionen zu schaffen mit dem Ziel, die Region wirtschaftlich allmählich zu stabilisieren und in der Folge als Katalysator die wirtschaftliche Sanierung der übrigen GUS-Staaten, vor allem aber der Russischen Föderation, einzuleiten und voranzutreiben.

Die einst blühende deutsche Provinz Ostpreußen, die dem ganzen Deutschen Reich als Kornkammer diente, kann vor allem mit russischer Starthilfe wieder entstehen und ist imstande, zunächst die Selbstversorgung des Königsberger Gebietes zu gewährleisten. In einer folgenden Entwicklungsphase könnte sie unter Einsatz weiterer Überschüsse in die Mitversorgung der GUS-Staaten eintreten, soweit bei diesen nicht selbst das preußische Beispiel Schule macht.

In gleicher Weise wäre technisches und marktwirtschaftliches Wissen auf dem Niveau der westlichen Industriestaaten von Preußen nach Rußland bzw. in die übrigen GUS-Staaten zu transportieren.

Integration der baltischen Staaten

Der Freistaat Preußen wird sich darüber hinaus für die wirtschaftliche Integration der übrigen baltischen Staaten einsetzen, um dergestalt eine diesbezügliche einheitliche osteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft errichten zu helfen mit allen gewünschten Zugangsmöglichkeiten zu den Ostseehäfen für die Russische Föderation.

Vierte Baltenrepublik

Eine Vierte Baltenrepublik Freistaat Preußen kann als idealer Vermittler zwischen dem Rat der baltischen Länder einerseits und der von der Russischen Föderation wesentlich bestimmten GUS andererseits dienen und darüber hinaus langfristig die Brückenfunktion zu Deutschland wahrnehmen.

Preußisch-russisches Militärbündnis

Der Freistaat Preußen teilt vollinhaltlich die Interessen der Russischen Föderation an einer starken Militärpräsenz im Königsberger Gebiet zur Sicherung ihrer Interessen in der Nordwest-Region und im Ostseeraum, nicht zuletzt auch zur Verhinderung der Durchsetzung polnischer Ansprüche.

Aus diesem Grunde ist dem Freistaat Preußen an einem Militärbündnis mit der Russischen Föderation gelegen. Darin können langfristige Stationierungsrechte, zugleich auch eine Beteiligung an diesem Bündnis mit eigenen Streitkräften geregelt sein.

Ein derartiger Fakt stünde in der Tradition der preußisch-russischen Legion der napoleonischen Zeit. Der erfolgreiche Pakt zwischen dem preußischen Feldmarschall Yorck von Wartenberg und dem russischen General Graf Iwan Iwanowitsch von Diebitsch ist der historische Beleg und das Vorbild für die Richtigkeit des Weges.

Gemeinsame Außenvertretung

Die garantierte Souveränität des Freistaates Preußen ließe durchaus Spielraum für Verhandlungen über eine gemeinsame Außenvertretung durch die Russische Föderation.

Die 'Rußland-Deutschen'

Die Russische Föderation, im Gleichklang mit der GUS, könnte durch die gezielte und geförderte Ansiedlung von 'Rußland-Deutschen' aus dem gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion im Königsberger Gebiet erfolgversprechende Wirtschaftsförderung betreiben nach dem für Rußland segensreichen Vorbild der Ansiedlung Deutscher durch Peter den Großen und Katharina die Große in Rußland. Die positiven Erfahrungen von Jahrhunderten dürfen durchaus in die Zukunft projiziert werden und liegen nahe: Wo immer Vertriebene aufgenommen werden, intensivieren sie mit der Kraft der zum Wiederbeginn entschlossenen Menschen das Wirtschaftsleben und steigern den Wohlstand der Provinzen bzw. Regionen.

Eile tut not!

Die Zeit drängt, denn die 'Rußland-Deutschen' drohen abzuwandern; die vorhandene Investitionsbereitschaft droht an der Rechtsunsicherheit zu scheitern und die sich ausbreitende wirtschaftliche Not droht in ein Chaos einzumünden. Von einem derartigen Chaos könnten nur internationale, der Russischen Föderation nicht geneigte Gruppierungen profitieren, während die Bevölkerung der Ostseeregion und die staatlichen bzw. kommunalen Einrichtungen und die Wirtschaftsstruktur eindeutig auf der Verliererseite stünden. Dem muß mit allen Kräften gegengesteuert werden zur Verwirklichung der Ziele: Wohlstand für alle in gemeinsamer Anstrengung durch Frieden und Rechtssicherheit.

Zusammenfassung

Zusammenfassend gilt es, die historische deutsch-russische Partnerschaft in Freundschaft durch die Wiedererrichtung des Freistaates Preußen zu erneuern, der als Juniorpartner der Russischen Föderation deren wirtschaftliche Sanierung und die politisch-wirtschaftliche Stabilisierung der GUS-Staaten einleiten kann, sofern die Russische Föderation ihr Einverständnis erklärt und die notwendige Starthilfe gewährt.

Diese Starthilfe besteht in der Entlassung des Verwaltungsgebietes Königsberg in die staatliche Unabhängigkeit unter gleichzeitiger Einbringung dieses neuen Völkerrechtssubjekts in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und in Kooperation mit den baltischen Ländern zur Schaffung einer selbständigen osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit allen Aussichten auf wirtschaftliche Gesundung.

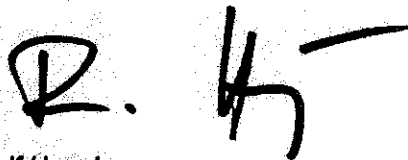
- Ausgehend von der Überzeugung, daß auf diesem Wege eine stabile und friedensstiftende, rechtliche, wirtschaftliche und politische Ordnung in Europa geschaffen werden kann -
- in der Hoffnung, daß die Russische Föderation die dargebotene Hand im wohlverstandenen, eigenen Interesse ergreifen möge -
- aus der Überzeugung schließlich, daß es keine positive Alternative zu diesem Vorschlag gibt -

schlägt die Regierung des Freistaates Preußen im Exil der Regierung der Russischen Föderation ehestmögliche Gespräche vor zur Vorbereitung umfassender preußisch-russischer Vereinbarungen, die anknüpfen sollen an die Tradition und den Geist

- von Tauroggen,
- des Berliner Vertrages von 1925 und
- von Rapallo.

Verden, 15. Januar 1996

Im Namen des Freistaates Preußen



Dr. Rigolf Hennig
Staatspräsident des Freistaates Preußen

